

**Rede
der Fraktionsvorsitzenden**

Johanne Modder, MdL

zu TOP Nr. 16

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Haushaltplans für das Haushaltsjahr 2019
(Haushaltsgesetz 2019 – HG 2019)**

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 18/1269 neu

während der Plenarsitzung vom 11.12.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ich will mich zu Beginn meiner Ausführungen zunächst einmal bedanken. Bedanken bei unserem Finanzminister Reinhold Hilbers, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ihrem Haus und den einzelnen Fachressorts, die viel Zeit und Arbeit in die Vorbereitung der Haushaltsberatungen gesteckt haben.

Mein besonderer Dank geht an unseren Koalitionspartner, die CDU, und an meinen Kollegen Dirk Toepffer für die kollegiale und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Vielen Dank dafür.

Anrede,

diese rot-schwarze Koalition unter der Führung unseres Ministerpräsidenten Stephan Weil steht für Innovation, Sicherheit und Zusammenhalt. Ein Jahr Rot-Schwarz steht für ein Jahr erfolgreiche Arbeit, für ein modernes und zukunftsfestes Niedersachsen.

Anrede,

Niedersachsen steht gut da, und es gibt eine positive Grundstimmung. Die Menschen in unserem Land blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die Arbeitslosenquote ist erneut gesunken, und die Anzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten steigt weiter an.

Allerdings, und das will ich hier offen ansprechen, gelingt es trotz guter Wirtschaftslage nicht, die prekären Beschäftigungsverhältnisse stärker zurückzudrängen. In wirtschaftlich guten Zeiten muss es gelingen, auch „Gute Arbeit“ mit existenzsichernden Einkommen und guten Beschäftigungsverhältnissen durchzusetzen. Und ich will an dieser Stelle erneut ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir uns besonders um die Mitbestimmung und die Stärkung der Betriebsräte zu kümmern haben.

Mit dem Haushalt 2019 legen wir erneut einen Haushalt ohne Neuverschuldung vor. Wir legen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vor und wir setzen unseren Weg der Schuldentilgung weiter fort. Mit diesem Haushalt wird sehr deutlich: Wir setzen politische Schwerpunkte, investieren in die Zukunft unseres Landes und entschulden das Land. So, meine Damen und Herren, sieht verantwortungsvolle Finanzpolitik aus.

Anrede,

ich will den Beratungen der Einzelhaushalte nicht vorgreifen, allerdings kann ich mir ein oder zwei Anmerkungen zu den Änderungsanträgen der Opposition nicht verkneifen.

Bei Bündnis 90/Die Grünen werden einige Punkte von uns übernommen. Das ist loblich, Sie packen hier und da ein bisschen mehr drauf, und im Übrigen verfallen Sie, wie auch nicht anders zu erwarten, ins klein-klein, davon aber dann sehr viel.

Interessant wird's bei der Gegenfinanzierung, da lösen Sie das Sondervermögen Digitalisierung (850 Millionen Euro) auf, planen eine Rohstoffabgabe auf Sand, Kies und Torf (75 Millionen Euro) und eine globale Minderausgabe (130 Millionen Euro) – also Aktion Klingelbeutel. Sie finanzieren wiederkehrende Ausgaben mit dem Sondervermögen und wären schon nächstes Jahr an der Stelle blank. Also herzlichen Glückwunsch!

Bei der FDP sieht's nicht viel besser aus, Sie setzen zwar andere Schwerpunkte als die Grünen, aber bei der Gegenfinanzierung sind Sie nicht besser dran, Auflösung Sondervermögen (500 Millionen Euro), Kürzung bei den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, bei der Arbeitsmarktförderung, Rückabwicklung des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung, und auch hier die Aktion Klingelbeutel mit 130 Millionen Euro globale Minderausgabe. Also: auch Sie sind im Blindflug unterwegs.

Bei der AfD kann man es ganz kurzhalten: Alles was mit Integration, Inklusion und Gleichstellung zu tun hat, wird gestrichen. Sie, Frau Guth und meine Herren, sind

die Partei des sozialen Kahlschlages. Sie setzen auf Angst und auf Spaltung unserer Gesellschaft.

Anrede,

jetzt aber zu unseren Schwerpunkten. Richtig stolz sind wir, dass wir unser zentrales Wahlversprechen zügig umgesetzt haben. Mit der Beitragsfreiheit in unseren Kindergärten setzen wir gezielt auf die Förderung von jungen Familien und tragen so zu einer erheblichen monatlichen finanziellen Entlastung bei. Und wir sorgen gegenüber den Kommunen für einen fairen Ausgleich für die entfallenen Einnahmen.

Insgesamt werden wir bis Ende 2022 mehr als 1,6 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung investieren – im Vergleich zu 2018 sind das 240 Millionen Euro mehr – diese Zahlen sprechen für sich!

Bildung – und zwar von Anfang an, ist das Leitbild unserer sozialdemokratisch geführten Landesregierung. Und ja, wir investieren auch in die Qualität der Kinderbetreuung. Mit uns gibt es kein Entweder-oder!

Neben der Gebührenfreiheit geht es natürlich auch um die Fachkräftesicherung und um die Qualitätssteigerung. Und genau an dieser Stelle gibt es noch eine Menge zu tun. Uns fehlen zurzeit die Erzieherinnen und Erzieher, und das wissen auch alle. Einfache und schnelle Lösungen gibt es an der Stelle eben nicht.

Anrede,

unser Kultusminister Grant Hendrik Tonne hat mit dem „Niedersachsenplan“ verschiedene Maßnahmen vorgestellt, um diesem Fachkräftemangel zu begegnen. Ich bin mir sicher, dass wir mit der Schulgeldfreiheit für angehende Erzieherinnen und Erzieher ab dem 1. August 2019 die Attraktivität dieses Berufes weiter steigern können. Wir haben die Ausbildungsplätze zum 01.08.2018 erhöht, und auch die geplanten Veränderungen in der Erzieherausbildung zeigen deutlich: Wir nehmen das Thema sehr ernst!

Anrede,

das Thema Unterrichtsversorgung wird uns auch noch weiterhin begleiten, weil wir einfach feststellen müssen, dass uns Lehrkräfte insbesondere für den Bereich Grundschule, Haupt- und Realschule und auch Oberschule nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit fehlen. Das wiederum löst ein bundesweites Werben um diese Lehrkräfte aus, mit der Folge, dass natürlich die Rahmenbedingungen wie Arbeitsbelastung und Besoldung in den Vordergrund rücken. Sie alle kennen die Forderungen der Gewerkschaften „Belastung runter und Besoldung rauf“.

Anrede,

wir werden uns also im nächsten Jahr zum Thema Besoldung und Belastung verhalten müssen, und jede und jeder von uns kann sich die haushälterischen Auswirkungen schon mal vor Augen führen. Und an dieser Stelle erlaube ich mir, nur mal vorsichtig darauf hinzuweisen, dass der Vorschlag der Grünen, A 13 für alle nach GHR 300 ausgebildeten Lehrkräften einzuführen, für die erfahrenen Lehrkräfte ein Schlag ins Gesicht sein dürfte. Was ich damit andeuten will, ist: So einfach ist es eben doch wieder nicht!

Bezüglich der Einstellungen von Lehrkräften – und da beziehe ich die QuereinsteigerInnen gerne mit ein –, tut diese Landesregierung alles, was zurzeit möglich ist.

Mit der Ausweitung des Beschäftigungsvolumens von 80 Prozent auf 100 Prozent bei 400 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an Förderschulen machen wir deutlich, dass wir auch weiterhin den Inklusionsprozess unterstützen wollen. Im Zuge der Verhandlungen der politischen Liste konnten wir 50 weitere pädagogische MitarbeiterInnen für die Stärkung von Multiprofessionellen Teams sowie 50 SozialarbeiterInnen für BBSen abbilden.

Anrede,

im Bereich der Erwachsenenbildung, die uns als Sozialdemokraten besonders am Herzen liegt, konnten wir als Regierungsfractionen nochmal einen Schwerpunkt setzen. Wir erhöhen die Förderung mit rund 1,35 Millionen Euro um 3 Prozent. Gerade in der Arbeit mit geflüchteten Menschen nehmen die Einrichtungen der Erwachsenenbildung eine zentrale Rolle ein. Sie tragen mit ihren verschiedensten Angeboten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

Anrede,

mit der Abschaffung der Studiengebühren, der Beitragsfreiheit in den Kindergärten, der Schulgeldfreiheit für ErzieherInnen, dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit für Gesundheitsberufe und auch der Einführung der Meisterprämie setzen wir in Niedersachsen deutliche Zeichen für eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Berufsbildung oder Studium.

Anrede,

und auch in der Innenpolitik setzen wir deutliche Schwerpunkte. Niedersachsen ist sicher und das soll auch so bleiben.

Anrede,

mit den insgesamt 500 Stellenhebungen von A 9 auf A 11 bei der Polizei ermöglichen wir insgesamt 1.000 Beförderungen. Dies ist ein wichtiges Signal für unsere Polizei, weil wir die Wartezeit auf Beförderungen weiter reduzieren wollen. Auch im Bereich der Polizei befinden wir uns in einem bundesweiten Wettbewerb um die besten Köpfe.

Durch die politische Schwerpunktsetzung der Regierungsfractionen ist es uns gelungen, über unsere sogenannte „Politische Liste“ weitere 200 zusätzliche Stellen für Polizeianwärterinnen und -anwärter zur Verfügung zu stellen. Und wir investieren weiter in die Ausrüstung unserer Polizei, verstärken personell den

Verfassungsschutz und erhöhen mit 1,5 Millionen Euro den Ansatz für den Katastrophenschutz.

Anrede,

für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist neben der Inneren Sicherheit des Landes vor allem auch die Soziale Sicherheit ein zentrales Thema.

Soziale Sicherheit hat viele Facetten. Eines der elementarsten Dinge ist das Wohnen, das eigene Zuhause. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist überall im Land spürbar und gehört aus meiner Sicht zu den drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit. Bezahlbaren Wohnraum zu finden, treibt viele Menschen um. Aus diesem Grund wurde das „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ins Leben gerufen. Die wirklich ambitionierten Ziele, die Zahl der neuen Sozialwohnungen auf 4.000 jährlich zu steigern, sind richtig gesetzt, und ich begrüße das sehr. Bis zum Jahr 2030 sollen so bis zu 40.000 neue Sozialwohnungen geschaffen werden.

Wir haben als Regierungsfractionen einen weiteren wichtigen Punkt gesetzt. Wir werden 4 Millionen Euro für die Förderung des Quartiersmanagements bereitstellen. Weil zum Wohnen auch immer das unmittelbare Umfeld dazugehört! Es geht darum, dass Räume für soziale Begegnungen, Beratung und Unterstützung eingerichtet werden und vor allem präventiv wirken sollen. Hier liegt ein Schlüssel zum Erhalt und Aufbau einer funktionierenden guten Nachbarschaft in den Quartieren.

Anrede,

mit dem Masterplan Digitalisierung werden wir konzentriert an einem modernen digitalen Niedersachsen arbeiten. Dafür werden wir in den nächsten Jahren über 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen.

Natürlich ist es ein ambitioniertes Ziel, bis zum Jahr 2025 Niedersachsen flächendeckend mit glasfaserbasierten Gigabit-Netzen zu versorgen – es ist aber auch dringend notwendig! Wenn wir weiterhin im ländlichen Raum

wettbewerbsfähig sein wollen, müssen wir eben doch an „jeder Milchkanne“ über schnelles Internet verfügen. Es kann nicht sein, dass ländlich ansässige Unternehmen ihre IT-Abteilung oder die Buchhaltung in die Stadt verlegen müssen, um eine ausreichend gute Internetverbindung zu haben. Der Ausbau des mobilen 5G-Netzes ist in diesem Sinne unerlässlich.

Beim Thema ländlicher Raum geht es aber um mehr, es geht um die Infrastruktur, Straße, Radwege, Schiene und Wasserwege und um die weitere Entwicklung der ländlichen Räume. Noch nie zuvor hat es so hohe Investitionen in die Straßeninfrastruktur gegeben. Als Beispiel nenne ich gern das Sonderprogramm für Ortsdurchfahrten mit 15 Millionen Euro.

Aber auch die Regionalentwicklung ist uns wichtig. Hier unterstützen wir als Regierungsfractionen mit 2,5 Millionen Euro die Förderung von Klein- und Mittelstädten.

Anrede,

für den medizinischen und pflegerischen Bereich sehe ich im Zusammenhang mit der Digitalisierung viele neue Möglichkeiten und Chancen. Als Unterstützung der immer komplexer werdenden Sachverhalte kann die Digitalisierung für die Patientensicherheit eine wichtige Rolle spielen. Die Fortschritte in der Telemedizin sind gerade für den ländlichen Raum eine große Bereicherung.

Anrede,

um die Versorgung in den Krankenhäusern Niedersachsens zu verbessern, Wege und Wartezeiten zu reduzieren sowie die Arbeitsbedingungen zu verbessern, sind Modernisierungsmaßnahmen und auch Neubauten unumgänglich. Jährlich werden rund 250 Millionen Euro an Investitionszuschüssen fließen, was sich am Ende der Legislaturperiode auf rund 1 Milliarde Euro beläuft. Und nicht zu vergessen das bereits bestehende Sondervermögen für die Kliniken UMG Göttingen und der MHH in Hannover in Höhe von 900 Millionen Euro, das auf insgesamt 2 Milliarden Euro anwachsen wird.

Neben den räumlichen Voraussetzungen für gute gesundheitliche Versorgung ist die Sicherstellung von ausreichend Fachkräften ein ebenso wichtiger Punkt. Mit dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit bei den Gesundheitsberufen haben wir als Regierungsfractionen einen wichtigen Schwerpunkt gesetzt. Auch hier stehen wir in Konkurrenz zu den anderen Bundesländern. Deswegen ist dies ein konsequenter und richtiger Schritt zur Fachkräftesicherung in Niedersachsen.

Anrede,

wir investieren in die Zukunft unseres Landes, wir stehen für eine solide Finanzpolitik, und wir stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!